

SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion Die Linke
Ratsgruppe BUNT
Ratsgruppe GUT
Einzelmandatsträger Wortmann

An den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
Herrn Dr. Ralf Heinen

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 31.08.2018

AN/1182/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	13.09.2018

Stärkung der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung

Sehr geehrter Herr Dr. Heinen,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 05.07.2018 mit allen demokratischen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträgern die Resolution „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ beschlossen.

Vor diesem Hintergrund bitten die antragstellenden Fraktionen Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses am 13.09.2018 aufzunehmen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss spricht sich für eine Stärkung und Ausweitung der präventiven kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten aus.
2. Die bestehenden Strukturen und Akteure – insbesondere auch das NS-Dokumentationszentrum – sollen personell und finanziell so gestärkt werden, dass sie ihre Angebote bedarfsgerecht mehr Kindern und Jugendlichen zugänglich machen und auch neue Angebote und Angebotsformen entwickeln können. Die hierfür erforderlichen Bedarfe sollen von der Verwaltung benannt werden.
3. Insbesondere sollen – auch in enger Zusammenarbeit mit dem Schulamt und der Bezirksregierung – Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder und Jugendliche gegen die Verbreitung von Antisemitismus und Rassismus in sozialen Medien zu sensibilisieren.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den geplanten Maßnahmen und deren Umsetzung auch in den anderen zuständigen Fachausschüssen wie beispielsweise dem Ausschuss Schule und Weiterbildung und dem Ausschuss Kunst und Kultur zu berichten.

Begründung:

Die demokratischen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger des Rates der Stadt Köln haben in der Sitzung vom 05. Juli 2018 mit der Resolution „Kein Raum für Antisemitismus in Köln! Für eine solidarische Stadtgesellschaft!“ erneut ein klares Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt.

In der Resolution heißt es:

„Zudem wollen wir die Initiative der Landesregierung, stärker gegen Antisemitismus – insbesondere an Schulen – vorzugehen, begleiten und unterstützen.

Eine Reihe Schulen befassen sich bereits seit Jahren und Jahrzehnten intensiv mit der Thematik des Antisemitismus und tragen damit maßgeblich zur Aufklärung und Steigerung von Toleranz bei. Dennoch ist der Handlungsbedarf weiterhin groß, gerade jungen Menschen zu vermitteln, dass Beleidigungen, Diskriminierung oder gar körperliche Angriffe gegenüber Jüdinnen und Juden und anderen Bevölkerungsgruppen nicht tolerierbar sind.“

Die gute präventive Arbeit der Stadtverwaltung, insbesondere des NS-Dokumentationszentrums und auch in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, soll gestärkt und ausgeweitet werden. Die Verwaltung wird gebeten, hierfür dem Jugendhilfeausschuss und den weiteren beteiligten Fachausschüssen Vorschläge zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT

gez. Tobias Scholz
Sprecher Ratsgruppe GUT

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer Die Linke

gez. Walter Wortmann
Einzelmandatsträger